

SATZUNG

DES

LANDESVERBANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

- ◆ **SATZUNG**
- ◆ **BEITRAGS- UND KASSENORDNUNG**
- ◆ **SONDERBEITRAGSSATZUNG**
- ◆ **LANDESSCHIEDSORDNUNG**
- ◆ **FRAUENSTATUT**
- ◆ **LAG-STATUT**
- ◆ **GESCHÄFTSORDNUNG LANDESPARTEITAG**
- ◆ **GESCHÄFTSORDNUNG KLEINER PARTEITAG**
- ◆ **GESCHÄFTSORDNUNG PARTEIRAT**

INHALT:

- Satzung des Landesverbandes Seite 3
- Beitrags- und Kassenordnung Seite 12
- Sonderbeitragssatzung Seite 17
- Landesschiedsordnung Seite 19
- Frauenstatut Seite 22
- Statut Landesarbeitsgemeinschaften Seite 24
- Geschäftsordnung des Landesparteitages Seite 27
- Geschäftsordnung des Kleinen Parteitages Seite 30
- Geschäftsordnung des Parteirates Seite 31

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Schleswig-Holstein
Alter Markt 9, 24103 Kiel
Tel.: 0431/59338-16

Verantwortlich für die richtige Wiedergabe der beschlossenen Texte:
Dörte Schnitzler (Parteikoordination)

SATZUNG LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

§ 1 - Name und Sitz -

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt den Namen **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Schleswig-Holstein. Die Kurzbezeichnung lautet **”GRÜNE”**.

- (1) Der Landesverband ist die Organisation der im Land Schleswig-Holstein wohnenden Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die sich auf Orts- und Kreisebene zusammenschließen.
- (2) Sitz des Landesverbandes ist Kiel.

§ 2 - Mitgliedschaft -

- (1) Mitglied der Partei kann werden, wer sich zu den Grundsätzen der Partei und ihrem Programm bekennt, keiner anderen Partei angehört und mindestens 14 Jahre alt ist.
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht,
 - a) sich an der politischen Willensbildung der Partei zu beteiligen
 - b) an Wahlen und Abstimmungen teilzunehmen
 - c) grundsätzlich an allen Veranstaltungen der Partei teilzunehmen und dort Anträge einzubringen
- (3) Jedes Mitglied hat die Pflicht,
 - a) die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Organe des Landesverbandes anzuerkennen
 - b) die Bestimmungen der Satzung einzuhalten
 - c) seinen Beitrag pünktlich zu entrichten

§ 3 - Aufnahme von Mitgliedern –

- (1) Über die Aufnahme entscheidet der Ortsvorstand oder der Kreisvorstand, bei dem der Aufnahmeantrag gestellt wurde. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zustimmung des zuständigen Gremiums gegenüber der AntragstellerIn.
- (2) Eine Zurückweisung der Aufnahme durch den Vorstand ist der BewerberIn gegenüber unter Hinweis auf die folgenden Rechte mitzuteilen. Gegen die Zurückweisung eines Aufnahmeantrages kann die BewerberIn bei der zuständigen Mitgliederversammlung Einspruch einlegen. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit.

§ 4 - Beendigung der Mitgliedschaft -

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Tod oder Ausschluss.
- (2) Der Austritt ist dem zuständigen Gebietsverband schriftlich zu erklären.

- (3) Der Ausschluss eines Mitgliedes kann aufgrund der Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen durch Beschluss des zuständigen Gremiums der Gebietsverbände erfolgen. Hierfür bedarf es einer Mahnung mit Setzung einer Zahlungsfrist, die unabhängig von möglichen Zahlungserinnerungen frühestens 30 Tage nach Fälligkeit einer ausgebliebenen Beitragszahlung erfolgen darf. Erfolgt innerhalb der Frist keine Beitragszahlung, kann der Ausschluss beschlossen werden, sofern auf diese Rechtsfolge im Mahnschreiben hingewiesen worden ist. Näheres können die Kreisverbände in ihren Satzungen regeln.
- (4) Über einen Ausschluss aus anderen Gründen entscheidet das zuständige Schiedsgericht. Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.

§ 5 - Gliederung -

- (1) Der Landesverband gliedert sich in Orts- und Kreisverbände.
(2) Ein Ortsverband muss aus mindestens drei Mitgliedern bestehen.

§ 6 - Organe -

- (1) Die Organe des Landesverbandes sind:
- a) der Landesparteitag (LPT)
 - b) der Kleine Parteitag (KPT)
 - c) der Landesvorstand (LaVo)
 - d) der Parteirat (PR)
 - e) der Landesfinanzrat (LFR)
- (2) Die Organe der nachgeordneten Gebietsverbände werden von diesen autonom geregelt.
- (3) Alle Parteigremien, Vorstand, Kommissionen und besonders die Wahllisten sollen möglichst paritätisch von Frauen und Männern besetzt sein.
- (4) Gremien und Organe tagen grundsätzlich öffentlich. Auf Antrag kann für einzelne Tagesordnungspunkte die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden und damit auf eine Mitgliederöffentlichkeit reduziert werden. Die Beratung über einen entsprechenden Antrag findet in mitgliederöffentlicher Sitzung statt.

§ 7 - Landesparteitag -

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes. Er bestimmt die Richtlinien der Politik des Landesverbandes.
- (2) Seine Aufgaben sind
- a) die Beratung und Beschlussfassung über eingebrachte Anträge.
 - b) die Verabschiedung des Haushaltes des Landesverbandes,
 - c) die Wahl des Landesvorstandes,
 - d) die Wahl des Parteirates,
 - e) die Wahl des Landesschiedsgerichtes,

- f) die Wahl von zwei RechnungsprüferInnen und je einer Stellvertretung,
- g) die Wahl der VertreterInnen und StellvertreterInnen für den Länderrat und Bundesfrauenrat
- h) die Wahl der KandidatInnen zu Parlamentswahlen
- i) die Wahl der Delegierten für den Kongress der Europäischen Grünen Partei (EGP). Wenn zeitliche Abfolgen dies erfordern, kann die Wahl auch durch einen Kleinen Parteitag erfolgen.
- j) die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Landesvorstandes und der schleswig-holsteinischen Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag, im Bundestag und im Europäischen Parlament, des Rechnungsprüfungsberichtes sowie die Entlastung des Landesvorstandes.

(3) Die Delegierten des Landesparteitages werden von den Kreismitgliederversammlungen für die maximale Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Zahl der Delegierten ergibt sich aus folgender Formel: Auf die Anzahl der Mitglieder jedes Kreisverbandes werden als Sockelbetrag jeweils 3 % der Mitgliederzahl des Landesverbandes addiert. Diese Summen werden mit 120, der Mindestzahl an Delegierten, multipliziert. Dann erfolgt eine Division durch die Summe aus der Mitgliederzahl des Landesverbandes und den Sockelbeträgen. Das Ergebnis wird auf die nächsthöhere ganze Zahl gerundet.

Maßgeblich ist die Mitgliedermeldung der Kreisverbände an die/den LandesschatzmeisterIn für den ersten Tag des Quartals, in dem der Landesparteitag stattfindet. Liegt dieser Termin weniger als vier Wochen vor dem Landesparteitag, ist die Mitgliederzahl am ersten Tag des vorherigen Quartals ausschlaggebend.

- (3.1) Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein entsendet 4 Delegierte in den Landesparteitag. Die Delegierten sind auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend zu wählen.
- (4) Der ordentliche Landesparteitag findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt. Er wird auf Beschluss des Landesvorstandes einberufen. Die Einberufung geht den Kreisverbänden unter Angabe einer vorläufigen Tagesordnung mit einer Ladungsfrist von acht Wochen zu.
- (5) Anträge, die auf dem Landesparteitag behandelt werden sollen, müssen der Landesgeschäftsstelle spätestens vier Wochen vorher schriftlich vorliegen und sollen spätestens drei Wochen vor der Versammlung an die Delegierten versandt werden. Später gestellte Anträge sind nur zu neuen Antragsgegenständen zulässig (Dringlichkeitsanträge) und können nur mit der Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten des Parteitages behandelt werden.
- (6) Änderungsanträge zu bestehenden Anträgen müssen mit einer Frist von sieben Tagen vor dem Landesparteitag in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein. Diese werden den Delegierten schnellstmöglich, spätestens jedoch 48 Stunden vor dem Landesparteitag zugänglich gemacht. Für die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms gilt eine Frist für Änderungsanträge von 14 Tagen.

- (7) Antragsberechtigt sind alle Organe und Gliederungen des Landesverbandes sowie zehn Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag einreichen, bzw. fünf Mitglieder bei Änderungsanträgen.
- (8) Der außerordentliche Landesparteitag ist auf Beschluss eines ordentlichen Landesparteitages, des Landesvorstandes oder Kleinen Parteitages, auf Antrag von mindestens fünf Kreisverbänden oder mindestens einem Zehntel der Mitglieder einzuberufen. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist hier verkürzt werden, jedoch nicht unter zwei Wochen. Die Gründe für die Verkürzung sind in der Ladung anzugeben. Für einen außerordentlichen Landesparteitag bestehen keine Antragsfristen.
- (9) Für die Vorbereitung der Antragsberatung auf dem Landesparteitag ist die Antragskommission zuständig.
1. Die Antragskommission bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in Zusammenarbeit mit den Antragsteller*innen vor und übernimmt die inhaltliche Zuordnung der Anträge im Rahmen eines Tagesordnungsentwurfs in Absprache mit Antragsteller*innen, Landesvorstand und Landesgeschäftsstelle. Sie kann dem Landesparteitag Empfehlungen zum Abstimmungsverfahren von Anträgen geben. Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages. Empfehlungen sind nur zum Verfahren, nicht aber bezüglich der Annahme oder Ablehnung von Anträgen zulässig.
 2. Die Antragskommission setzt sich zusammen aus einer*m der beiden Landesvorsitzenden, einem vom Parteirat nominierten Parteiratsmitglied und drei grünen Basisvertreter*innen, davon eines aus der Grünen Jugend, die vom Landesparteitag gewählt werden. Die Antragskommission wird vom Parteitag gewählt. Ihre Amtszeit beträgt zwei Jahre.
 3. Die Antragskommission ist nach Ablauf der Fristen in § 7 Abs. 6 und 7 berechtigt, nach Einstieg in die Befassung des jeweiligen Antrags auf dem Landesparteitag Änderungen zu einem Antrag zuzulassen und zur Abstimmung zu stellen, sofern sich neue Sachverhalte ergeben haben und hierüber Einvernehmen mit den Antragsteller*innen besteht (Übernahmen, modifizierte Übernahmen, Vertagung). Besteht kein Einvernehmen zwischen den Antragsteller*innen, kann die Antragskommission nach Rücksprache mit dem Präsidium dem Parteitag Empfehlungen zum weiteren Abstimmungsverfahren geben. Ihre Empfehlungen bedürfen der Zustimmung des Landesparteitages mit einfacher Mehrheit.

§ 8 – Kleiner Parteitag -

- (1) Der Kleine Parteitag ist das oberste Organ zwischen den Landesparteitagen. Er bestimmt die Politik des Landesverbandes im Sinne der Beschlüsse des Landesparteitages; er übernimmt jedoch nicht die formalen Aufgaben des Landesparteitages nach § 7.

- (2) Der Kleine Parteitag unterstützt den Landesvorstand bei seiner Arbeit.
Der Landesvorstand ist ihm jederzeit rechenschaftspflichtig. Beschlüsse des Kleinen Parteitages sind für den Landesvorstand bindend.
- (3) Der Kleine Parteitag besteht aus je zwei Delegierten jedes Kreisverbandes. Sie werden durch die Kreismitgliederversammlung für die maximale Dauer von zwei Jahren gewählt. Je ein/e VertreterIn sollte Mitglied des jeweiligen Kreisvorstandes sein.

(3.1) Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein entsendet 2 Delegierte in den Kleinen Parteitag. Die Delegierten sind auf der Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend zu wählen.
- (4) Der Kleine Parteitag wählt ein Präsidium von bis zu fünf Personen, davon zwei auf Vorschlag des Parteirates aus dessen Mitte. Jedes Mitglied der Partei kann Mitglied im Präsidium werden.
- (5) Das Präsidium beruft den Kleinen Parteitag mit einer Frist von 21 Tagen unter Angabe einer bis dahin bekannten Tagesordnung ein. Eine Sitzung des Kleinen Parteitages ist unverzüglich, unter Einhaltung der Ladungsfrist einzuberufen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Kleinen Parteitages oder ein Drittel der Kreisverbände dies schriftlich verlangen. Hierfür kann die Ladungsfrist auf 14 Tage verkürzt werden.
- (6) Anträge, die auf dem Kleinen Parteitag behandelt werden sollen, müssen mit einer Frist von 14 Tagen in der Landesgeschäftsstelle eingegangen sein und spätestens mit einer Frist von 10 Tagen an die Delegierten versandt werden. Später eingehende Anträge (Dringlichkeitsanträge) müssen von der Mehrheit der stimmberechtigten anwesenden Delegierten zur Behandlung zugelassen werden. Anträge zur Änderung oder Ergänzung fristgerechter oder nachträglich zugelassener Anträge können bis zum Eintritt in den jeweiligen TOP gestellt werden.

§ 9 – Parteirat –

- (1) Der Parteirat berät den Landesvorstand, er dient der Koordination der Arbeit zwischen den Gremien des Landesverbandes, den Fraktionen, den Kreisverbänden und Regierungsmitgliedern. Zwischen den Sitzungen des Kleinen Parteitages plant und entwickelt er politische Initiativen und formuliert gemeinsame Grundsätze für die Arbeit des Landesverbandes, der Fraktion oder im Bund. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Parteirat im Rahmen der Beschlusslage von Landesparteitag und Kleinen Parteitag Beschlüsse fassen.
- (2) Der Parteirat besteht aus den Mitgliedern des Landesvorstandes und weiteren 14 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Dabei sollen möglichst alle Regionen des Landesverbandes vertreten sein. Die Trennung von Amt und Mandat findet auf bis zu sechs Mitglieder des Parteirates keine Anwendung. MandatsträgerInnen in Kreis-, Stadt- oder Gemeinderäten sind ausdrücklich von der Trennung von Amt und Mandat nicht betroffen. Für den Parteirat gilt die Mindestquotierung. Die GRÜNE JUGEND ist im Landesparteirat mit zwei Mitgliedern vertreten.

- (3) Die Amtszeit der Mitglieder des Parteirates beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Die Mitglieder des Parteirates werden auf demselben Landesparteitag gewählt. Ist eine Nachwahl erforderlich, erfolgt diese nur für den Rest der laufenden Amtszeit. Die Amtszeit der Mitglieder qua Amt erlischt mit diesem Amt. Die gewählten Mitglieder des Parteirates können vom Landesparteitag insgesamt oder einzeln mit absoluter Mehrheit abgewählt werden, jedoch nicht aufgrund eines Dringlichkeitsantrages.
- (4) Mitglieder, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zum Landesverband stehen, können nicht Mitglied im Parteirat sein.
- (5) Der Parteirat tagt in der Regel monatlich sowie bei Bedarf. Er wird vom Landesvorstand einberufen. Er gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Bestätigung durch den Kleinen Parteitag bedarf.

§ 10 - Landesvorstand -

- (1) Der Landesvorstand leitet den Landesverband und führt seine Geschäfte nach Gesetz und Satzung. Er gibt sich selbst eine Geschäftsordnung. Er erstattet dem Landesparteitag einen Rechenschaftsbericht. Dessen finanzieller Teil ist vor der Berichterstattung durch die RechnungsprüferInnen zu prüfen.
- (2) Der Landesvorstand besteht aus bis zu 6 Mitgliedern
 - zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau
 - der*dem Landesschatzmeister*in
 - einer*m stellvertretenden Vorsitzenden (frauen- und genderpolitische*n Sprecher*in)
 - einer*m stellvertretenden Vorsitzenden (auf Vorschlag der Grünen Jugend, GJ-Koordinator*in)
 - einer*m stellvertretenden Vorsitzenden
- (3) Alle Mitglieder des Landesvorstandes sind im Binnenverhältnis gleichberechtigt. Die Vorsitzenden des Landesverbandes vertreten den Landesverband nach außen und gegenüber anderen Parteigremien.

Der Landesvorstand wird einzeln oder gemeinsam gesetzlich vertreten durch die/den LandesschatzmeisterIn und ein vom Landesvorstand aus seiner Mitte gewählten Mitglied.
- (4) Der Landesvorstand wird für zwei Jahre gewählt. Die Amtszeit nachgewählter Mitglieder des Landesvorstandes endet mit Ablauf der ordentlichen Wahlperiode.
- (5) Die Abwahl von Vorstandsmitgliedern ist jederzeit durch den Landesparteitag mit einfacher Mehrheit möglich.
- (6) Mitglieder der Europäischen Kommission, der Bundes- oder Landesregierung sowie MandatsträgerInnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europaparlament, im Bundestag oder im schleswig-holsteinischen Landtag können nicht Mitglieder im Landesvorstand sein.

- (7) MandatsträgerInnen oder Parteimitglieder, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei stehen, können kein Vorstandsamt bekleiden.

§ 11 - Schiedsgerichte -

Beim Landesverband besteht das Landesschiedsgericht. Kreisverbände können jeweils ein Kreisschiedsgericht bilden. Näheres regelt der Landesparteitag in der Landesschiedsordnung.

§ 12 - Landesfinanzrat -

Der Landesfinanzrat setzt sich aus den KreisschatzmeisterInnen der Kreisverbände, der / dem geschäftsführenden LandesschatzmeisterIn der GRÜNEN JUGEND und der/ dem LandesschatzmeisterIn zusammen.

Näheres regelt der Landesparteitag durch eine Finanz- und Kassenordnung, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 13 – Grüne Jugend -

- (1) Die GRÜNE JUGEND Landesverband Schleswig-Holstein ist die politische Jugendorganisation von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein. Sie ist als Vereinigung der Partei ein Zusammenschluss mit der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den Grundkonsens der Partei einzusetzen sowie die besonderen Interessen der GRÜNEN JUGEND in den Organen der Partei zu vertreten, um an der politischen Willensbildung mitzuwirken.
- (2) Die GRÜNE JUGEND hat Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Die Satzung darf dem Grundkonsens der Landespartei nicht widersprechen.
- (3) Die GRÜNE JUGEND hat das Recht, Anträge an die Organe der Landespartei zu stellen und entsendet Delegierte in den Landesparteitag und Kleinen Parteitag. VertreterInnen der GRÜNEN JUGEND in Organen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein müssen Mitglied in der Landespartei sein.

§ 14 - Beschlussfähigkeit -

- (1) Ordentliche und außerordentliche Landesparteitage sind beschlussfähig, wenn und solange mehr als ein Drittel der Stimmberechtigten anwesend sind.

Ein wegen Beschlussunfähigkeit erneut geladener Landesparteitag ist bei Einhaltung einer vierwöchigen Ladungsfrist in jedem Fall beschlussfähig, worauf in der Einladung hinzuweisen ist.

- (2) Der Kleine Parteitag ist beschlussfähig, wenn und solange mehr als ein Drittel seiner Mitglieder anwesend sind.

Ein wegen Beschlussunfähigkeit erneut geladener Kleiner Parteitag ist bei Einhaltung mindestens der regulären Ladungsfrist für die gleichen Tages-

ordnungspunkte in jedem Fall beschlussfähig, worauf in der Einladung hinzuweisen ist.

§ 15 - Verfahren bei dem Landesparteitag -

- (1) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Auf Verlangen einer/eines Delegierten muss geheim abgestimmt werden.

Für Änderungen der Satzung ist eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten, mindestens aber die Hälfte der Stimmen aller Stimmberechtigten erforderlich. Satzungsändernde Anträge können nicht Gegenstand eines Dringlichkeitsantrages sein. Änderungen der Satzung nach dieser Vorschrift treten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung in Kraft, soweit nichts anderes beschlossen wird.

- (2) Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und der WahlbewerberInnen für Parlamentswahlen sind geheim. Bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt werden.

Gewählt ist, wer im ersten oder - falls erforderlich - im zweiten Wahlgang mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Ein erforderlicher dritter Wahlgang findet nur zwischen den beiden BewerberInnen mit den meisten Stimmen statt.

Für alle Wahlgänge gilt, dass gewählt ist, wer die meisten gültigen Ja-Stimmen erhält, sofern die Zahl der Nein-Stimmen nicht höher ist als die Summe der Ja-Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

- (3) Wiederkandidaturen sind jederzeit möglich.

§ 16 - Urabstimmung -

Eine Urabstimmung erfolgt auf Antrag eines Drittels der Kreisverbände oder von zehn v. H. der Mitglieder oder auf Beschluss des Landesparteitages oder des Kleinen Parteitages. Die Urabstimmungsordnung des Bundesverbandes findet entsprechende Anwendung.

§ 17 Aufsichtsräte / Nebentätigkeiten

Die Vorsitzenden des Landesverbandes, Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Bundestag und Europaparlament sowie InhaberInnen von Regierungsämtern dürfen für die Dauer ihrer Amtszeit keine Aufsichtsratsposten annehmen oder innehaben. Dies gilt nicht, wenn die Position auf Grund eines Beschlusses des Vorstandes, der jeweiligen Fraktion, der Regierung oder einer Kommunalfraktion besetzt wird.

Nebentätigkeiten und gezahlte Vergütungen sind in der Art und Höhe einmal jährlich gegenüber der Partei unter Beachtung gesetzlicher Verschwiegenheitsverpflichtung offen zu legen.

§ 18 - Schlussbestimmung -

- (1) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Bundessatzung und die gesetzlichen Bestimmungen.

(2) Diese Satzung tritt am Tage der Beschlussfassung hierüber, am 07.Oktober 1984, in Kraft.

Letzte Änderung durch Beschluss der Urabstimmung vom 29.03.2004.
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 28.05.2005
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 07.05.2006
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 19.04.2008
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 01.11.2008
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 28.03.2009
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 07.11.2009
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 09.05.2010
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 28.05.2011
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 11.11.2011
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 09.06.2012
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 01.12.2012
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 15.03.2013
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 10.05.2014
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 09./10.05.2015
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 23./24.04.2016
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 23./23.03.2019
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 26./27.10.2019
Letzte Änderung durch Beschluss des Landesparteitages am 01./02.05.2021 (Beitrags- und Kassenordnung)

BEITRAGS- UND KASSENORDNUNG

§ 1 Landesfinanzrat (LaFiRat)

- Abs.1** Der Landesfinanzrat ist ein satzungsgemäßes Organ des Landesverbandes. Dieses setzt sich aus den 15 KreisschatzmeisterInnen (KSM), dem/der geschäftsführenden SchatzmeisterIn der GRÜNEN JUGEND S-H und der/dem LandesschatzmeisterIn (LSM) zusammen. KSM, geschäftsführende/r SchatzmeisterIn der GRÜNEN JUGEND und LSM sollen für den Fall, dass sie verhindert sind, VertreterInnen benennen, die auch ihr Stimmrecht wahrnehmen, sofern in der Kreissatzung bzw. in der Landessatzung keine andere Regelung für den Fall vorgenommen ist, dass eine Stellvertretung notwendig wird.
- Abs.2** Dem Landesfinanzrat sind als beratende Mitglieder ohne Stimmrecht die GeschäftsführerInnen der Kreisverbände und die LandesgeschäftsführerIn des Landesverbandes beigeordnet.
- Abs.3** Der LaFiRat trifft Entscheidungen und führt Entscheidungen aus, die die Finanzen des Landesverbandes und der Kreisverbände betreffen. Dabei ist er an die Beschlusslage und an die Entscheidungskompetenzen gebunden, die ihm von dem Landesparteitag vorgegeben wurden.
- Abs.4** Der LaFiRat ist berechtigt, Anträge an den Kleinen Parteitag und an den Landesparteitag zu stellen.
- Abs.5** Der LaFiRat tritt nach Bedarf oder auf Antrag von mindestens fünf KSM, mindestens jedoch halbjährlich, zusammen. Er wird vom LSM einberufen.
- Abs.6** Der LFR ist beschlussfähig, wenn und solange mindestens 1/3 der Stimmberechtigten anwesend sind.
- Abs.7** Die Landespartei entsendet in den Bundesfinanzrat ein Landesvorstandsmitglied und ein sachverständiges Mitglied. Der LaFiRat wählt das Landesvorstandsmitglied, das sachverständige Mitglied sowie beide StellvertreterInnen auf zwei Jahre.

§ 2 Haushaltserstellung und Verabschiedung

- Abs.1** Die/der LandesschatzmeisterIn stellt einen Haushaltsplan auf, der von dem Landesfinanzrat zwischenzeitlich und von dem Landesparteitag endgültig genehmigt wird.
- Abs.2** Der Landesparteitag kann über den von dem LFR vorgelegten Entwurf mit einfacher Mehrheit befinden. Alternative Haushaltsentwürfe oder Änderungsanträge zu dem von dem LFR vorgelegten Entwurf bedürfen zu ihrer Annahme und Beschlussfassung ebenfalls nur einer einfachen Mehrheit.

§ 3 Haushaltsabwicklung

- Abs.1** Die/der LSM informiert halbjährlich den LaFiRat über die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung des Landesverbandes. Für Finanzbeschlüsse, die dazu führen, dass der entsprechende Haushaltsansatz überschritten wird, wird der/dem

LandesschatzmeisterIn ein Vetorecht eingeräumt, woraufhin unverzüglich eine Einberufung des Kleinen Parteitages erfolgen muss. Der Kleine Parteitag führt dann einen wirksamen Beschluss herbei. Der LFR und der Kleine Parteitag können - aber nur gemeinsam - einen Ausgleich zwischen den einzelnen Haushaltstiteln vornehmen.

Abs.2 Bei beabsichtigten Überschreitungen des jeweiligen Jahreshaushalts oder Wahlkampfhaushalts wird dem LFR ein Vetorecht eingeräumt, woraufhin unverzüglich eine Einberufung des Kleinen Parteitages erfolgen muss. Der Kleine Parteitag führt dann einen wirksamen Beschluss herbei. Der LFR überprüft, ob die geplanten Überschreitungen innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung vertretbar sind.

§ 4 Mitgliedsbeiträge, Beitragsverwaltung und Buchhaltung

Abs.1 Mitgliedsbeiträge

Jedes Mitglied zahlt einen Mitgliedsbeitrag, der bei mindestens 1 % des Netto-Einkommens liegen sollte. Höhere Beiträge sind willkommen. Ermäßigungen aus sozialen Gründen sind möglich und können beim Vorstand des jeweiligen Kreis- bzw. Ortsverbandes beantragt werden. Hierfür können diese sich ein eigenes Regelwerk geben oder von Fall zu Fall entscheiden.

Beitragszahlungen sollen im Lastschriftverfahren halbjährlich (Januar und Juli), vierteljährlich (Januar, April, Juli und Oktober) oder monatlich erfolgen. Alternativ sind Dauerüberweisungen ebenfalls im halbjährlichen, vierteljährlichen oder monatlichen Turnus möglich.

Abs.2 Beitragsanteile

Für jedes Mitglied führen die Kreisverbände Beitragsanteile an den Bundesverband und den Landesverband ab. Der Beitragsanteil für den Landesverband hat die gleiche Fälligkeit wie der für den Bundesverband und beläuft sich auf die Hälfte davon.

Abs.3 Sonderbeiträge

Wer über eine Grüne Liste oder eine Direktkandidatur als KandidatIn der Grünen ein Mandat erhalten hat, zahlt einen Sonderbeitrag. Dieser bemisst sich als ein bestimmter Prozentsatz der Aufwandsentschädigungen. Der Landesverband gibt sich dafür eine Sonderbeitragssatzung für die Landtagsabgeordneten, MinisterInnen und StaatssekretärInnen. Die Kreisverbände beschließen ihrerseits Regelungen für die Mandatierten in den Kreistagen, Stadtvertretungen und Gemeindevertretungen sowie für die BürgermeisterInnen. Diese sollen auch die Bezüge durch die Tätigkeit in Aufsichtsräten umfassen und Sozialklauseln enthalten.

Abs.4 Pflege der Mitgliederdaten und Datenschutz

Die Mitgliedsverwaltung erfolgt über eine zentrale Datenbank, deren Plattform vom Bundesverband betrieben wird. Für die Pflege der Adress- und Beitragsdaten sowie der Angaben zu Funktionen in den Kreis- und Ortsverbänden und in den

kommunalen Vertretungen sind die Kreisverbände zuständig. Die mit der Pflege dieser Mitgliedsdaten betrauten MitarbeiterInnen und die SchatzmeisterInnen erhalten Schreibrechte für den Mitgliederbestand ihrer jeweiligen Gliederung, nachdem sie sich in die gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes haben einweisen lassen und das dokumentiert worden ist. Weitere Vorstandsmitglieder dürfen nach Unterzeichnung einer Datenschutzerklärung Leserechte für die Daten der Mitglieder ihrer jeweiligen Gliederung erhalten.

Aus diesem Datenbestand werden in der Geschäftsstelle des Landesverbandes die Mitgliedszahlen der Kreisverbände ermittelt, die für die Verteilung der staatlichen Grundfinanzierung und der Delegiertenstimmen auf Landesparteitag sowie der Höhe der Beitragsanteile maßgebend sind. Bei den Beitragsanteilen gilt der Stichtag, den auch der Bundesverband für dessen Beitragsanteile zugrunde legt.

Abs.5 Finanzbuchhaltung

Die Verbuchung sämtlicher Geschäftsvorfälle vom Landesverband und dessen Untergliederungen, also aller Kreis- und Ortsverbände und der Grünen Jugend, erfolgt im Finanzbuchhaltungsmodul der Mitgliedsdatenbank innerhalb eines einheitlichen Kontenrahmens.

Der Landesverband informiert die Kreisverbände zeitnah unter Offenlegung der Berechnungsgrundlage über die Höhe der Beitragsanteile und der sich nach dem Verteilungsschlüssel gemäß § 7 ergebenden Anteile aus der staatlichen Grundfinanzierung.

Die Kreisverbände sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihr Jahresabschluss bis Ende Februar des Folgejahres erstellt werden kann. Der Landesverband ist zu deren Unterstützung bei Annahme eines Angebots für einen Buchhaltungsservice verpflichtet, an dessen Kosten sich die Kreisverbände beteiligen. Kreisverbände, die ihre Buchhaltung selber machen, dürfen die Zuwendungsbestätigungen erst nach einer Belegprüfung in der Geschäftsstelle des Landesverbandes erstellen und versenden.

Abs.6 Personalbuchhaltung und -verwaltung

Die Beschäftigung von Personen (auch auf Honorar-, Werkvertrags- oder Praktikumsbasis) bei den Kreis- und Ortsverbänden ist vor Beschäftigungsbeginn dem Landesverband anzuzeigen. Zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Personalabrechnung bietet der Landesverband einen Service an, der alle gesetzlichen Erfordernisse umfasst. Die Finanzierung wird durch den Landesfinanzrat geregelt.

Abs.7 Doppelmitgliedschaften

Für Mitglieder, die gleichzeitig Mitglied von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND sind, erhält die GRÜNE JUGEND Landesverband SH einen Beitragsanteil vom jeweiligen Kreisverband, dessen Höhe durch den Landesfinanzrat festgelegt wird.

§ 5 Verrechnungskonten (Debitoren- und Kreditorenkonten)

- Abs.1** Kreisverbände und Landesverband unterhalten zum Zweck gegenseitiger Aufrechnung Kreditoren- und Debitorenkonten. Die Salden dieser Konten müssen nach Anforderung unverzüglich ausgeglichen werden.
- Abs.2** Nehmen Landesverband oder Kreisverbände auf ihren Kreditoren- oder Debitorenkonten Buchungen vor, so sind die Kreisverbände bzw. der Landesverband über Betrag und Grund der Buchung unverzüglich zu informieren. Die Kreisverbände können vom Landesverband jederzeit Einsicht in ihre Konten verlangen.
- Abs.3** Entsprechend der Liquiditätslage des Landesverbandes und unter Berücksichtigung der geltenden Kredit- und Termingeldzinssätze kann die/der LSM eine Verzinsung für die auf den Konten stehenden Beträge ansetzen. Die KSM sind über den geltenden Zinssatz zu informieren.

§ 6 Buchführung und Rechenschaftsberichte

- Abs.1** Ortsverbände und Kreisverbände sind verpflichtet, eine ordentliche Kassenführung zu gewährleisten, so dass jederzeit die zur Erstellung des Prüfvermerks für den Rechenschaftsbericht nach § 29 Abs. 3 Parteiengesetz vorgeschriebenen Stichproben möglich sind. Eine entsprechende Kontrolle ist von den KSM gegenüber den OrtsschatzmeisterInnen und der LSM gegenüber den KSM auszuüben. Dem LSM ist Gelegenheit zu geben, an den jährlich stattfindenden Kassenprüfungen der Kreisverbände teilzunehmen.
- Abs.2** Die Ortsverbände legen den Kreisverbänden bis zum 28. Februar und die Kreisverbände legen dem Landesverband jährlich bis zum 30. März Rechenschaft über ihr Vermögen, ihre Einnahmen und ihre Ausgaben nach Maßgabe der Bestimmungen nach § 24 Parteiengesetz ab.
- Abs.3** Ist die rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichts gefährdet oder eine ordentliche Buchführung nicht gewährleistet, muss die/der KSM bzw. die/der LSM die Kassenführung an sich ziehen oder einen Beauftragten einsetzen. Hierbei gegebenenfalls entstehende Kosten gehen zu Lasten des betreffenden Orts- bzw. Kreisverbandes.
- Abs.4** Der Landesverband erstellt bis spätestens zum 15. März seinen eigenen Jahresabschluss und legt bis zum 31. Mai einen integrierten Rechenschaftsbericht vor.

§ 7 Verteilung der staatlichen Grundfinanzierung

Von der staatlichen Grundfinanzierung, die der Landesverband sowohl vom Bund als auch vom Land erhält, werden 36,5 % an die Kreisverbände verteilt. Dafür findet der folgende Verteilungsschlüssel Anwendung, nach dem die Verteilung für jeweils ein Quartal berechnet wird:

- 30,0 % werden als Sockelbetrag gleichmäßig an alle Kreisverbände verteilt.
- 12,5 % werden nach der Fläche (Quadratkilometer) verteilt.

- 7,5 % werden als Peripherie-Ausgleich an Kreisverbände abseits der Kiel-Region und des Hamburger Umlandes nach jeweils mehrheitlichem Beschluss des Landesfinanzrats verteilt.
- 15,0 % werden nach der Höhe der von den Kreisverbänden eingeworbenen Zuwendungen (Beiträge, Geld- und Verzichtsspenden) verteilt. Die Zahlgrundlage ist der im Vorjahr erschienene Rechenschaftsbericht für das wiederum davor liegende Jahr.
- 22,5 % werden nach den Wähler*innenstimmen jeweils zu einem Drittel der jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahl verteilt. Ein neues Wahlergebnis wird erstmals im folgenden Quartal berücksichtigt.
- 12,5 % werden nach der Mitgliederzahl zum 1. Januar des Jahres verteilt, für das die Verteilung berechnet wird.

Den Kreisverbänden werden ihre Anteile aus der Grundfinanzierung auf ihrem jeweiligen Verrechnungskonto beim Landesverband gutgeschrieben. Die Gutschrift erfolgt zu dem Tag, an dem die Ratenzahlungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung beim Landesverband eingegangen sind.

Zur gemeinsamen Finanzierung besonderer Projekte kann der Landesfinanzrat einen Vorwegabzug von dem, was nach diesem Schlüssel auf die einzelnen KVe verteilt wird, beschließen.

§ 8 Spenden

- Abs.1** KreisschatzmeisterIn und LandesschatzmeisterIn sind dafür verantwortlich, dass Spenden gemäß § 25 Parteiengesetz rechtmäßig vereinnahmt und verbucht werden. Nur sie sind befugt Spendenbescheinigungen auszustellen. Jeder Spendenbescheinigung muss eine entsprechende Buchung zugrunde liegen.
- Abs.2** Spendenbescheinigungen sollen am Jahresende über die Gesamtsumme ausgestellt werden. Die KreisschatzmeisterInnen sind verpflichtet, eine Kopie jeder erteilten Spendenbescheinigung der/dem LandesschatzmeisterIn zukommen zu lassen.
- Abs.3** Spendenbescheinigungen für die Ortsverbände werden nur von den KreisschatzmeisterInnen verwaltet und von diesen entsprechend der von den Ortsverbänden vorgelegten Jahresrechnung nach Abschluss des Geschäftsjahres ausgegeben.
- Abs.4** Barspenden
Barspenden sollen die Ausnahme bleiben und dürfen nur bis zur Höhe von höchstens 1.000,- Euro angenommen werden. Sie sind unverzüglich an die Schatzmeisterin bzw. den Schatzmeister oder eine mit geschäftsführenden Aufgaben betraute Person zu übergeben. Diese muss die Barspende auf das Girokonto der jeweiligen Gliederung einzahlen oder überweisen. Dabei ist für einen klaren Herkunftsnachweis mit Namen und vollständiger Adresse, den Tag und dem Ort der Übergabe sowie der Nennung weiterer anwesender Personen zu sorgen.

§ 9 Schlussbestimmung

Im Übrigen gelten die Regelungen der Beitrags- und Kassenordnung des

Bundesverbandes sowie die gesetzlichen Bestimmungen im Sinne des Parteiengesetzes.

<i>Beschlossen auf der LDK in Elmshorn,</i>	<i>am 01.10.1988</i>
1. <i>Änderung auf der LDK in Klausdorf,</i>	<i>am 19.05.1990</i>
2. <i>Änderung auf der LDK in Kiel,</i>	<i>am 05.02.1994</i>
3. <i>Änderung auf der LDK in Husum,</i>	<i>am 01.11.1996</i>
4. <i>Änderung auf der LDK in Eckernförde,</i>	<i>am 24.05.1997</i>
5. <i>Änderung auf der LDK in Eutin,</i>	<i>am 02.11.1997</i>
6. <i>Änderung auf der LDK in Husum,</i>	<i>am 30.05.1999</i>
7. <i>Änderung auf der LDK in Kiel,</i>	<i>am 08.10.1999</i>
8. <i>Änderung auf der LDK in Eckernförde,</i>	<i>am 22.06.2001</i>
9. <i>Änderung auf der LDK in Rendsburg</i>	<i>am 27.04.2002</i>
10. <i>Änderung auf dem LPT in Plön</i>	<i>am 07.05.2006</i>
11. <i>Änderung auf dem LPT in Rendsburg,</i>	<i>am 01.11.2008</i>
12. <i>Änderung auf dem LPT in Bad Oldesloe</i>	<i>am 28.03.2009</i>
13. <i>Änderung auf dem LPT in Eckernförde</i>	<i>am 15.03.2013</i>
14. <i>Änderung auf dem LPT in Lübeck</i>	<i>am 09.05.2015</i>
15. <i>Änderung auf dem LPT in Bad Bramstedt</i>	<i>am 24.03.2019</i>
16. <i>Änderung auf dem LPT in Büdelsdorf</i>	<i>am 02.05.2021</i>

SONDERBEITRAGSSATZUNG

für Abgeordnete, MinisterInnen und StaatssekretärInnen
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Schleswig-Holsteinischen Landtag

§ 1 Sonderbeitragszahlende und Berechnung der Beiträge

1. Sonderbeitragszahlende im Sinne dieser Sonderbeitragssatzung sind alle Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, die ein Mandat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wahrnehmen sowie im Falle einer Regierungsbeteiligung alle von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestellten MinisterInnen und StaatssekretärInnen. Diese entrichten einen monatlichen Sonderbeitrag an den Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein.
2. Die Sonderbeitragshöhe für Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtags beträgt einheitlich 13,5 % der jeweiligen Grundvergütung aus einem Abgeordnetengehalt. Abgeordnete mit Funktionszulage (Fraktionsvorsitz, parlamentarische Geschäftsführung, Parlamentspräsidium) entrichten zusätzlich zur Abgabe aus der Grundvergütung 20,0 % der jeweiligen Funktionszulage.
3. Für MinisterInnen beträgt die Sonderbeitragshöhe ebenfalls 13,5 % des jeweils aktuellen Grundgehalts für MinisterInnen und 20,0 % auf eventuelle Zulagen. Für StaatssekretärInnen beträgt die Sonderbeitragshöhe 10,0 % des jeweils aktuellen Grundgehalts und ebenfalls 20,0 % auf eventuelle Zulagen.
4. Allen Abgeordnete, MinisterInnen und StaatssekretärInnen, die Kindergeld erhalten, steht für jedes Kind ein Betrag von monatlich 0,7 % der Grundvergütung eines Landtagsabgeordneten zu, der von der Sonderbeitragszahlung abziehbar ist. Der Abzug kann nur bei unaufgeforderter Vorlage der Kindergeldbezugsberechtigung gewährt werden.
5. Von den in dieser Sonderbeitragssatzung festgelegten Abgabesätzen kann im Einzelfall abgewichen werden. Näheres regelt dazu die nach § 3 der Sonderbeitragsatzung gewählte Diätenkommission.

§ 2 Sonderbeitragszahlung und Verwendungszweck

Der Sonderbeitrag von Abgeordneten, MinisterInnen und StaatssekretärInnen ist monatlich per Dauerauftrag oder durch Lastschriftverfahren an den Landesverband Schleswig-Holstein der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu entrichten.

Der Sonderbeitrag wird für die Parteiarbeit des Landesverbandes verwendet.

§ 3 Diätenkommission

Der Parteitag (oder vertretend auch der Kleine Parteitag) wählt eine Diätenkommission, deren Amtszeit zwei Jahre beträgt; eine Wiederwahl ist möglich. Die Kommission besteht

aus einem Mitglied der Landtagsfraktion, einem Mitglied des Landesfinanzrates und - für den Landesvorstand - der LandesschatzmeisterIn. Zusätzlich wird der Kommission ein beratendes Mitglied ohne Stimmrecht beigeordnet, das von der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen zu benennen ist.

Es werden für die Landtagsfraktion, den Landesfinanzrat und die LAG Frauen auch Stellvertreter*innen gewählt. Die Stellvertretung der Landesschatzmeister*in erfolgt durch ein anderes Mitglied des Landesvorstandes nach dessen Geschäftsordnung. Diese Stellvertretungsregelungen greifen sowohl im Verhinderungsfall als auch bei der persönlichen Betroffenheit einer Person.

Die Kommission hat die Befugnis, im Einzelfall und unter Anhörung der betroffenen SonderbeitragszahlerIn, über eine mögliche Beitragsermäßigung oder Beitragsbefreiung zu entscheiden. Die hierüber gefassten Beschlüsse sind den Mitgliedern des Landesfinanzrates und des Landesvorstandes in jeweils nicht öffentlicher Sitzung bekannt zu geben.

§4 Schlussbestimmung

Die vom Landesparteitag am 9. Juni 2012 beschlossene Sonderbeitragssatzung für die Abgabe von Sonderbeiträgen tritt mit Beginn der 18. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtags in Kraft.

Beschlossen von der LDK, am 15.06.1995 in Neumünster

Erste Änderung – beschlossen von der LDK, am 01.07.2000 in Kiel

Zweite Änderung – beschlossen vom LPT, am 15.05.2004 in Eckernförde

Dritte Änderung – beschlossen vom LPT, am 09.06.2012 in Neumünster

Vierte Änderung – beschlossen vom LPT am 24.03.2019 in Bad Bramstedt

LANDESSCHIEDSORDNUNG

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein

1. Schiedsgerichte

Beim Landesverband besteht ein Schiedsgericht, bei den Kreisverbänden können Schiedsgerichte gebildet werden.

Das Landesschiedsgericht ist zuständig,

- (1) Streitigkeiten zwischen Organen des Landesverbandes oder zwischen Landesverbandsmitgliedern und Organen des Landesverbandes zu schlichten oder zu entscheiden, soweit dadurch Parteiinteressen berührt werden,
- (2) Ordnungsmaßnahmen gegen Organe des Landesverbandes oder gegen einzelne Mitglieder auszusprechen,
- (3) über die Auflösung von Orts- und Kreisverbänden zu entscheiden, wenn diese nicht mehr funktionsfähig sind und nicht satzungsgemäß arbeiten,
- (4) über Beschwerden gegen Entscheidungen eines Kreisschiedsgerichts zu entscheiden,
- (5) in allen Fällen, in denen ein Kreisschiedsgericht zuständig wäre, ein solches aber nicht besteht oder nicht ordnungsgemäß besetzt ist.

Die Kreisschiedsgerichte sind zuständig,

- (1) Streitigkeiten zwischen Organen des Kreisverbandes oder zwischen Organen des Kreisverbandes und eines zum Kreisverband gehörenden Ortsverbandes oder zwischen Organen einzelner, zum Kreisverband gehörender Ortsverbände oder zwischen einem Organ des Kreisverbandes oder eines Ortsverbandes und einem Mitglied des Kreisverbandes zu schlichten oder zu entscheiden, soweit dadurch Parteiinteressen berührt werden.
- (2) Ordnungsmaßnahmen gegen Organe eines Kreisverbandes, der dazugehörigen Ortsverbände oder gegen Kreisverbandsmitglieder auszusprechen.

Mitglieder des Vorstands einer Parteigliederung oder Parteimitglieder, die in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei stehen, können nicht SchiedsrichterInnen sein. Alle Mitglieder der Schiedsgerichte sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

Das Landesschiedsgericht entscheidet grundsätzlich in der Besetzung mit einer / einem Vorsitzenden und vier BeisitzerInnen. Die/der Vorsitzende und zwei BeisitzerInnen sowie zwei StellvertreterInnen werden vom Landesparteitag für zwei Jahre gewählt. Je eine weitere Beisitzerin/einen weiteren Beisitzer benennen von Fall zu Fall die streitenden Parteien. Eine/Einer der gewählten BeisitzerInnen wird vom Landesparteitag zur/zum stellvertretenden Vorsitzenden ernannt. Ein gewähltes Mitglied des Landesschiedsgerichtes soll JuristIn sein.

2. Ordnungsmaßnahmen

Gegen ein Mitglied, das gegen die Satzung oder das Parteiprogramm verstößt oder in anderer Weise das Ansehen der Partei in einem Maße beeinträchtigt, das einen Ausschluss noch nicht rechtfertigt, können verhängt werden:

- (1) Verwarnung

(2) Enthebung von einem Parteiamt bzw. Aberkennung der Ämterfähigkeit bis zu einer Höchstdauer von zwei Jahren

(3) das zeitweilige Ruhen der Mitgliedsrechte bis zu einer Dauer von zwei Jahren.

Ein Mitglied, das vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und damit schweren Schaden zufügt, kann aus der Partei ausgeschlossen werden.

In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Landesvorstand mit 2/3-Mehrheit seiner amtierenden Mitglieder veranlassen, dass die Mitgliederrechte des betroffenen Mitglieds bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ruhen. Wird die Maßnahme nicht innerhalb von drei Monaten vom zuständigen Schiedsgericht bestätigt, so tritt sie mit Ablauf der Frist außer Kraft.

Gegen Gebietsverbände oder Organe der Partei, die Bestimmungen der Satzung missachten, insbesondere auch Beschlüsse übergeordneter Parteiorgane nicht durchführen oder sich weigern, begründete Beschwerden aufzugreifen und an ein Schiedsgericht heranzutragen, oder in wesentlichen Fragen gegen die politische Zielsetzung der Partei handeln, können verhängt werden:

(1) Ein Verweis, ggf. verbunden mit der Auflage, eine bestimmte Maßnahme innerhalb der gesetzten Frist zu treffen und

(2) die Amtsenthebung von Vorständen oder einzelner Mitglieder desselben. In diesem Fall kann das Schiedsgericht auf Vorschlag des Landesvorstands ein Parteimitglied oder mehrere Parteimitglieder mit der kommissarischen Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte bis zur satzungsgemäß einzuleitenden Neuwahl des Vorstandes zu beauftragen.

(3) Weiter kann die Auflösung eines Gebietsverbandes beschlossen werden, wenn der Vorstand des nächst höheren Gebietsverbandes dies beantragt.

3. Verfahren

(1) Das Landesschiedsgericht wird auf Antrag eines Parteiorgans oder eines Mitglieds, das in der Sache unmittelbar persönlich betroffen ist, einberufen. Die Anrufung muss schriftlich erfolgen und kann bei der/dem Vorsitzenden des Landesschiedsgerichts oder bei der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Jeder Antrag ist zu begründen und - soweit möglich - mit Beweismitteln zu versehen.

(2) Die Mitglieder des Landesschiedsgerichts benennen für das Schiedsgerichtsverfahren je eine/einen BeisitzerIn. Die/der Vorsitzende des Landesschiedsgerichts kann den Parteien für die Benennung der/des BeisitzerIn eine Ausschlussfrist setzen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Benennung, ist die/der Vorsitzende berechtigt im Einvernehmen mit den gewählten BeisitzerInnen selbst eine/einen BeisitzerIn zu benennen. Die Parteien sind über die Folgen der Frist-versäumnis schriftlich zu belehren.

(3) Die Mitglieder des Schiedsgerichts können von jeder/jedem Beteiligten wegen der Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden oder sich selbst für befangen erklären, wenn ein Grund hierfür vorliegt. Das Ablehnungsgesuch ist unverzüglich nach Kenntnis des Befangenheitsgrundes vorzubringen. Eine Ablehnung ist ausgeschlossen nach Beginn einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht. Über Ablehnungsgesuche entscheidet das Schiedsgericht in der jeweiligen Besetzung ohne ihr abgelehntes Mitglied. Dem Ablehnungsgesuch ist stattzugeben, wenn

- mindestens zwei Schiedsgerichtsmitglieder es für begründet erachten.
- (4) Die/der Vorsitzende setzt Ort und Zeit der mündlichen Verhandlung fest. Die Terminladung erfolgt schriftlich. Sie ist den Beteiligten und den von den Parteien benannten SchiedsrichterInnen zuzustellen, den gewählten BeisitzerInnen unter Beifügung von Kopien sämtlicher eingereichter Unterlagen formlos zu übersenden. Die Terminladung muss neben Zeit und Ort der Verhandlung den Hinweis enthalten, dass auch bei Abwesenheit eines/einer Beteiligten entschieden werden kann. Die Ladungsfrist beträgt mindestens zwei Wochen.
 - (5) Das Schiedsgericht entscheidet aufgrund mündlicher Verhandlung. Im Einvernehmen mit allen Beteiligten kann auch im schriftlichen Verfahren entschieden werden.
 - (6) Über die mündliche Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von einer/einem der BeisitzerInnen geführt wird. Das Protokoll soll den wesentlichen Inhalt der Verhandlung festhalten und des Weiteren die Anträge der Beteiligten im Wortlaut. Es ist von der/dem Vorsitzenden und der/dem ProtokollführerIn zu unterzeichnen und allen Beteiligten unverzüglich zuzuleiten. Die Beschlussfassung des Schiedsgerichts erfolgt mit einfacher Mehrheit. Die Entscheidung ist von den gewählten Mitgliedern des Schiedsgerichts zu unterzeichnen und den Beteiligten innerhalb von sechs Wochen nach Ende der mündlichen Verhandlung zuzuleiten.
 - (7) Erweist sich ein Antrag als offenbar unzulässig oder unbegründet, so kann die/der Vorsitzende im Einvernehmen mit den gewählten BeisitzerInnen den Antrag durch Vorbescheid ohne vorhergehende mündliche Verhandlung zurückweisen. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Einspruch eingelegt werden. In diesem Fall ist das ordentliche Verfahren durchzuführen. In dem Vorbescheid ist auf dazu zulässige Rechtsmittel zu verweisen.
 - (8) Soweit von Zustellungen die Rede ist, so erfolgen diese durch Einschreiben mit Rückschein. Die Zustellung gilt auch als erfolgt, wenn die Annahme des Schreibens verweigert wird oder wenn die Übergabe an die Haushaltsangehörige/einen Haushaltsangehörigen erfolgt.
 - (9) Kann die/der Betroffene unter der Anschrift, die sie/er zuletzt gegenüber der zuständigen Parteigliederung angegeben hat, nicht erreicht werden, so gilt die Zustellung nach Ablauf von zehn Tagen ab Aufgabe der Post als bewirkt.
 - (10) Das Verfahren vor dem Landesschiedsgericht ist kostenfrei.

4. Schlussbestimmungen

Die Schiedsgerichtsordnung ist Bestandteil der Satzung des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie tritt mit der Verabschiedung durch die Landesdelegiertenkonferenz in Kraft.

FRAUENSTATUT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein

1. Quotierung und Arbeit in Gremien

Die Organe und Gremien des Landesverbandes, soweit sie aus Delegierten bestehen oder von dem Landesparteitag oder dem Kleinen Parteitag gewählt werden, sollen mindestens zur Hälfte von Frauen besetzt sein.

Beim Aufstellen der Tagesordnung werden Tagesordnungspunkte von Frauen an die von ihnen gewünschte Position gesetzt.

2. Wahlen

Um die Mindestquotierung zu gewährleisten, sind Wahlverfahren so auszurichten, dass den Frauen die ungeraden Plätze zur Verfügung stehen. Für die geraden Plätze können gleichzeitig Frauen und Männer kandidieren (offene Plätze). Sollte keine Frau für einen Frauen zustehenden Platz kandidieren bzw. gewählt werden, wird der Platz bis zur nächsten ordentlichen Wahlversammlung freigelassen, wenn die Mehrheit der Frauen dies wünscht. Sollte auf dieser zweiten Wahlversammlung erneut keine Frau kandidieren bzw. gewählt werden, entscheidet diese Wahlversammlung über das weitere Verfahren. In diesem Fall entfällt das Vetorecht der Frauen nach Punkt 5. Reine Frauenlisten sind möglich.

Dieses Verfahren gilt entsprechend für Gremienwahlen des Landesverbandes Schleswig-Holstein.

3. Durchführung von Landesparteitagen und Kleinen Parteitagen

Das Präsidium wird *mindestquotiert* besetzt. Die Diskussionsleitung übernimmt abwechselnd ein weibliches und ein männliches Präsidiumsmitglied. Das Präsidium muss bei der Diskussionsleitung durch die Führung getrennter Redelisten das Recht von Frauen auf die gleiche Anzahl von Redebeiträgen gewährleisten. Die Redeliste ist im Reißverschlussverfahren zu führen. Sobald keine Wortmeldungen von Frauen mehr vorliegen, überprüft das Präsidium den weiteren Diskussionsbedarf, indem es den Schluss der Redeliste zur Diskussion stellt.

4. Frauenversammlung

Jede Frau, die als stimmberechtigtes grünes Mitglied an einer Gremiensitzung teilnimmt, kann einen Antrag auf Einberufung einer Frauenversammlung stellen. Damit dem Antrag stattgegeben wird, müssen mindestens 20 Prozent der anwesenden stimmberechtigten Frauen dem Antrag zustimmen. An der Frauenversammlung können weibliche Parteimitglieder und weibliche Mitglieder der grünen Jugend teilnehmen. Die Sitzung wird für die Dauer der Frauenversammlung unterbrochen.

5. Vetorecht

Eine Abstimmung bei Parteitag und in den Gremien unter den Frauen wird auf Antrag vor der regulären Abstimmung durchgeführt. Weichen die Abstimmungsergebnisse voneinander ab, so haben die Frauen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Entsprechende Beschlussvorlagen werden nochmals diskutiert und auf der nächsten Wahlversammlung erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

6. Landesarbeitsgemeinschaft Frauen

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Frauen ist ein Diskussionsforum für grüne und nicht grüne Menschen. Auf Wunsch wird eine LAG-Sitzung auch nur für Frauen einberufen. Sie nimmt öffentlich Stellung zu aktuellen politischen Fragen und gibt Impulse in die Arbeit der Partei. Die LAG Frauen kann Kurse und Seminare für Frauen durchführen. Hierfür werden Mittel zur Verfügung gestellt.

Sie wählt sich aus ihrer Mitte zwei Sprecherinnen, die Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, für die Dauer von einem Jahr. Die Wiederwahl ist zulässig.

7. Einstellungspraxis

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein werden als Arbeitgeberin auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern sicherstellen. Daher werden alle Stellen auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden solange Frauen bevorzugt, bis mindestens die Quotierung erreicht ist. Die Vorsitzenden des Landesverbandes besitzen ein Vetorecht.

STATUT LANDESGEMEINSCHAFTEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Schleswig-Holstein

Präambel

Landesarbeitsgemeinschaften (LAG'en) bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben das Ziel, die inhaltliche und politische Arbeit in der Partei und in ihren Gremien zu entwickeln, zu vernetzen sowie die Zusammenarbeit mit außerparteilichen (Fach-) Verbänden, Initiativen und wissenschaftlichen Institutionen zu koordinieren.

Sie sind Gremien der Partei und werden von dieser finanziell ausgestattet.

1. Stellung der LAG'en in der Partei

- (1) Der Landesvorstand und der Kleine Parteitag beziehen die LAG'en in die Beratungen über Strategie, Programmatik und Wahlkampf ein und organisieren in diesen Fragen einen transparenten Entscheidungsprozess. Dazu gehört auch die rechtzeitige und umfassende Information der LAG'en über die Diskussionsprozesse in der Partei sowie der Landtagsfraktion.
- (2) Die LAG'en besitzen Antragsrecht auf Landesparteitagen und auf Kleinen Parteitag.
- (3) Der Landesvorstand und die Landtagsfraktion benennen AnsprechpartnerInnen für die LAG'en.

2. Arbeitsrahmen

- (1) Die Landesarbeitsgemeinschaften sind Ort ehrenamtlicher Arbeit auf Landesebene. Sie stellen Arbeitszusammenhänge auch zu außerparlamentarischen Bewegungen und wissenschaftlichen Institutionen her und entwickeln die politische Programmatik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter. Sie haben die Aufgabe, örtliche Arbeitsgruppen zu vernetzen und die Facharbeit der Kreis- und Ortsverbände zu bereichern.
- (2) Den Parteigremien und Fraktionen auf allen Ebenen sowie den bündnisgrünen Regierungsmitgliedern stehen sie beratend zur Seite und unterstützen insbesondere die Vorsitzenden des Landesverbandes bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Die Unterzeichnung von Aufrufen und Erklärungen finden in enger Abstimmung mit dem Landesvorstand statt.
- (3) Die Mitarbeit in Landesarbeitsgemeinschaften steht neben den Mitgliedern ausdrücklich auch Nichtmitgliedern offen.

3. Anerkennung

- (1) Die Anerkennung einer Landesarbeitsgemeinschaft erfolgt auf Antrag von mindestens fünf Mitgliedern aus mindestens drei Kreisverbänden aus Schleswig-Holstein an den Kleinen Parteitag. Der Kleine Parteitag entscheidet mit einfacher

Mehrheit über die Zulassung. In dem Antrag ist die inhaltliche Zielsetzung der LAG zu beschreiben.

- (2) Der Landesvorstand kann die Anerkennung einer LAG widerrufen, wenn über einen längeren Zeitraum die Arbeit einer LAG nicht die Regeln des LAG-Statuts erfüllt. Gegen den Widerruf der Anerkennung einer Landesarbeitsgemeinschaft ist ein Einspruch beim Landesschiedsgericht möglich.

5. LAG-SprecherInnen

- (1) Um die Arbeit der LAG zu koordinieren und sie insbesondere auch gegenüber anderen Parteigremien zu vertreten, wählt die LAG aus ihrer Mitte auf der ersten Sitzung eines jeden Jahres bis zu zwei SprecherInnen, die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein sein müssen. Die Wiederwahl ist möglich. Es gilt die Quotierung gemäß Frauenstatut. Über Ausnahmen entscheidet der Landesvorstand. Da die Arbeit der LAG-SprecherInnen ehrenamtlich ist, werden sie von der Landesgeschäftsstelle in angemessenem Rahmen organisatorisch unterstützt.
- (2) Die SprecherInnen der LAG können auf der Grundlage der Beschlüsse der LAG - nach vorhergehender Absprache mit der/m zuständigen Landesvorsitzenden - öffentliche Erklärungen abgeben.

6. LAG-Tagungen/Ergebnisse

- (1) LAG'en tagen mindestens dreimal jährlich und sind solange beschlussfähig, wie mindestens fünf Mitglieder aus drei verschiedenen Kreisverbänden in Schleswig-Holstein vertreten sind. Die Einladung soll mit einer Ladungsfrist von 14 Tagen erfolgen. Der Landesvorstand und die SprecherInnen der anderen LAG'en sind über Termin und Tagesordnungen vorab zu informieren.
- (2) Von den Sitzungen werden Kurzberichte oder ggf. Ergebnisprotokolle angefertigt, die dem Landesvorstand vorgelegt werden. Über politisch bedeutsame Beschlüsse wird der Landesvorstand umgehend nach den Sitzungen unterrichtet.

7. Rechenschaft

Jede LAG fertigt für jedes Kalenderjahr einen Rechenschaftsbericht, der dem Landesvorstand (bis Ende Februar) zuzuleiten ist, welcher diesen zur Vorlage an den Kleinen Parteitag weiterleitet.

8. Haushalt

- (1) Jeder LAG stehen jährliche Mittel zur Verfügung, welche die Realisierung der im Statut beschriebenen Aufgaben ermöglichen. Dies umfasst die laufenden Auslagen für den Geschäftsbetrieb (Kosten für die Teilnahme - soweit erforderlich - an Gremiensitzungen, Telefonkosten, Porti, Sachmittel, Informationsmaterial in geringem Umfang). Für die SprecherIn der LAG'en werden die Reisekosten für die

Teilnahme an LAG-Sitzungen erstattet. Die Erstattung von Aufwendungen werden mittels des für den Landesverband gültigen Kostenerstattungsformular gegenüber dem Finanzbüro abgerechnet.

- (2) Es besteht die Möglichkeit, Mittel für Aktionen, Kongresse oder Broschüren aus dem Aktionshaushalt des Landesvorstandes bei demselben zu beantragen.

9. Mitarbeit in Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG)

- (1) Die LAG'en wählen entsprechend dem Statut der Bundesarbeitsgemeinschaften von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN max. zwei Delegierte für die ihnen zugeordneten Bundesarbeitsgemeinschaften. Die Wahl erfolgt jeweils für maximal zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich.
- (2) Ist einer BAG in Schleswig-Holstein keine LAG zugeordnet oder schöpft die LAG die Zahl der ihr zustehenden Delegierten für die Bundesarbeitsgemeinschaft nicht aus, kann der Landesvorstand fachlich geeignete Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus Schleswig-Holstein in diese Bundesarbeitsgemeinschaft delegieren. Die Delegation erfolgt für jeweils maximal zwei Jahre; eine erneute Delegation ist möglich, sofern die LAG nicht vor Ablauf des laufenden Delegationszeitraums Anspruch auf Besetzung des Platzes anmeldet.

10. Streitfragen

Über Streitfragen politischer Natur zwischen LAG'en untereinander und zwischen LAGen und dem Landesvorstand entscheidet der Kleine Parteitag. Über Streitfragen finanzieller Natur entscheidet der Landesfinanzrat. Sind der Kleine Parteitag oder Landesfinanzrat in der Streitfrage Partei, entscheidet der Landesparteitag.

11. Statut

Das LAG-Statut wird von dem Landesparteitag verabschiedet und tritt am Tag der Beschlussfassung in Kraft.

Zuletzt geändert: Landesparteitag am 10.05.2014

GESCHÄFTSORDNUNG DES LANDESPARTEITAGES

Sitzungsleitung des Parteitags

Der Landesvorstand schlägt der Versammlung ein Präsidium vor, über das der Parteitag abstimmt. Das Präsidium leitet die Debatten, Abstimmungen und Wahlen.

1. Anträge/Abstimmungen/Mehrheiten

Alle Anträge, die während des Parteitages, d.h. nach Ablauf der Fristen in § 7 Abs. 5 gestellt werden und Wahlvorschläge sind schriftlich beim Präsidium einzureichen.

Einbringung von Anträgen und Aussprache:

Zunächst wird der Ursprungsantrag eingebracht, dann ggf. vorliegende Änderungsanträge. Im Anschluss folgt ggf. eine Aussprache.

Abstimmung von Anträgen:

Der weitestgehende Antrag ist zuerst abzustimmen.

Soweit die Satzung des Landesverbandes nichts anderes vorsieht, entscheidet die Versammlung in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit.

Wenn Antragskommission und Präsidium dies vorschlagen, ist es möglich, Anträge alternativ abzustimmen bzw. Meinungsbilder über verschiedene alternative Anträge zu erstellen. Danach erfolgt die Schlussabstimmung.

Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

Geschäftsordnungsanträge:

Geschäftsordnungsanträge können sich nur auf Verfahrensvorschläge beziehen. Sie werden unmittelbar behandelt und nach einer Pro- und einer Kontrarede mit einfacher Mehrheit abgestimmt.

Rückholanträge:

Soll über einen bereits abgeschlossenen Tagesordnungspunkt eine erneute Aussprache und/oder Beschlussfassung stattfinden, ist ein Rückholantrag zu stellen. Zur Annahme ist die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Stimmberechtigten erforderlich.

Persönliche Erklärungen sind nach Rücksprache mit dem Präsidium nur am Ende eines Tagesordnungspunktes zulässig.

Finanzwirksame Anträge bedürfen des Votums des Landesfinanzrates und müssen vor dem Landesparteitag dem Landesfinanzrat vorgelegt werden.

Schriftliche Abstimmungen und Wahlen/Televoting:

Geheim durchzuführende Wahlen und schriftliche Abstimmungen können sowohl schriftlich als auch per Televoting durchgeführt werden. Dabei muss gewährleistet sein, dass alle Stimmen im Saal erfasst werden und dass bei Wahlen die Stimmabgabe geheim

und anonym erfolgt.

Vor dem Einsatz eines Televoting-Verfahrens wird das System ausführlich erklärt und eine Test-abstimmung durchgeführt.

Die Antragskommission prüft eingehende Dringlichkeits- oder Änderungsanträge, entscheidet nach Maßgabe des § 7.7 der Satzung des Landesverbandes über deren Zulassung und ordnet sie in enger Abstimmung mit den Antragsteller*innen und dem Präsidium in sachliche Zusammenhänge.

2. Redeliste/Quotierung/Dauer der Aussprachen

Das Präsidium führt die Redeliste nach der Reihenfolge der schriftlichen Wortmeldungen. Die Redeliste wird nach Geschlechtern getrennt geführt und im sogenannten Reißverschlussverfahren abgearbeitet. Sobald keine Wortmeldungen von Frauen mehr vorliegen, überprüft das Präsidium den weiteren Diskussionsbedarf, indem es den Schluss der Redeliste bzw. den Schluss der Debatte zur Diskussion stellt.

Die Redeliste wird erst nach Antragstellung bzw. durch Bekanntgabe durch das Präsidium eröffnet.

Die Aussprache wird im Voraus zeitlich begrenzt (Tagesordnung/Verfahrensvorschlag). Nach Ablauf dieser Zeit kann das Präsidium vorschlagen, die Aussprache auch unabhängig von vorhandenen Wortmeldungen, zu beenden.

Eine Verlängerung der Debatte kann auf Vorschlag des Präsidiums durch die Mehrheit der Versammlung beschlossen werden.

3. Mandatsprüfungskommission

Der Landesvorstand beruft eine Mandatsprüfungskommission, der eine Mitarbeiter*in der Landesgeschäftsstelle angehören sollte. Diese Kommission erstattet der Versammlung einen Mandatsprüfungsbericht und entscheidet im Zweifel über die Zulassung von Delegierten zum Landesparteitag.

4. Protokoll

Von dem Landesparteitag wird ein schriftliches Protokoll gefertigt. Zur Protokollerstellung (Mittel der Protokollierung) kann die Aufzeichnung der Versammlung auf Ton- bzw. Bildträger erfolgen.

Das Protokoll wird den Präsidiumsmitgliedern nach Fertigstellung mit der Aufforderung übersandt, Änderungswünsche binnen 3 Wochen schriftlich der Landesgeschäftsstelle zuzuleiten. Über die Änderungswünsche ist die Einigung des Präsidiums über den Wortlaut des Protokolls herbeizuführen und dieser Wortlaut ist in das Protokoll aufzunehmen. Sofern keine Einigkeit erzielt werden kann, ist dies entsprechend in einem Anhang zum Protokoll festzuhalten.

Sofern keine Änderungswünsche geäußert werden, gilt das Protokoll nach Ablauf der Frist für die Anmeldung von Veränderungswünschen als genehmigt.

Im Falle von Änderungswünschen gilt das Protokoll als genehmigt, sobald die Einigung des Präsidiums erfolgt ist, frühestens jedoch nach Ablauf der Frist für die Anmeldung von Änderungswünschen.

Nach der Genehmigung wird das Protokoll den Landesvorstandsmitgliedern, den LAG-Sprecher*innen und den Kreisverbänden zugeleitet.

5. Hausrecht

Der Landesvorstand übt im Sinne des Mietvertrages das Hausrecht aus.

6. Schlussbestimmungen

Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Landessatzung. Diese Geschäftsordnung tritt am Tage der Beschlussfassung hierüber, zuletzt am 26.10.2019 in Kraft.

GESCHÄFTSORDNUNG DES KLEINEN PARTEITAGES

1. Beschlussfähigkeit

Der Kleine Parteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Delegierten anwesend ist. Das Präsidium stellt zu Beginn der Sitzung die Beschlussfähigkeit fest und geht bis zur Feststellung der Beschlussunfähigkeit, die auf Antrag erfolgen muss, von einer Beschlussfähigkeit aus.

2. Abstimmungen/Rederecht

Der Kleine Parteitag entscheidet in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der gewählten Delegierten.

Mit einfacher Mehrheit kann das Antragsrecht auch für Nichtdelegierte zugelassen werden.

3. Präsidium

Das Präsidium des Kleinen Parteitages wird für zwei Jahre gewählt. Die Amtszeit nachgewählter Präsidiumsmitglieder endet mit Ablauf der ordentlichen Wahlperiode. Wer zwei oder mehr aufeinander folgende Wahlperioden dem Präsidium angehört hat, darf nur zur Wiederwahl antreten, wenn dieses Vorhaben von mindestens 2/3 der zur Wahl einberufenen, anwesenden Mitglieder des Kleinen Parteitages in geheimer Wahl beschlossen wird.

Das Präsidium beruft die Sitzungen des Kleinen Parteitages ein, leitet die Versammlung und ist für die Protokolle zuständig.

4. Anträge

Anträge werden verhandelt und entschieden, wenn sie der Einladung beigefügt waren oder schriftlich dem Präsidium vorgelegt werden und die Versammlung die Zulassung mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Geschäftsordnungsanträge können sich nur auf Verfahrensfragen beziehen und werden nur durch gewählte Delegierte gestellt.

5. Aussprachen

Die Aussprache wird im Voraus zeitlich begrenzt. Nach Ablauf dieser Zeit wird die Aussprache beendet, unabhängig von vorhandenen Wortmeldungen. Eine Verlängerung der Debatte kann nur auf Antrag durch einfache Mehrheit der Delegierten beschlossen werden.

6. Redeliste

Das Präsidium führt die Redeliste nach der Reihenfolge der Wortmeldungen und bringt sie in sachliche Zusammenhänge. Die Redeliste wird nach Geschlechtern getrennt und im so genannten Reißverschlussverfahren abgearbeitet. Die Redeliste wird erst nach Antragstellung bzw. durch Bekanntgabe durch das Präsidium eröffnet.

7. Hausrecht/Lade- und Antragsfristen

Das Präsidium des Kleinen Parteitages übt das Hausrecht aus. Für Ladefrist und Antragsverschickung gilt die Landessatzung.

8. Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt mit Beschlussfassung hierüber in Kraft.

GESCHÄFTSORDNUNG DES PARTEIRATES

1. Der Parteirat berät den Landesvorstand, er dient der Koordination der Arbeit zwischen den Gremien des Landesverbandes, den Fraktionen, den Kreisverbänden und Regierungsmitgliedern. Zwischen den Sitzungen des Kleinen Parteitages plant und entwickelt er politische Initiativen und formuliert gemeinsame Grundsätze für die Arbeit des Landesverbandes, der Fraktion oder im Bund. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann der Parteirat im Rahmen der Beschlusslage von Landesparteitag und Kleinem Parteitag Beschlüsse fassen.
2. Der Parteirat tagt in der Regel vierwöchentlich.
Er wird vom Landesvorstand unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Einladung zum Parteirat erhalten die Mitglieder des Parteirates, LAG-SprecherInnen, Kreisgeschäftsstellen, die Pressestelle, Kreis- und Ratsfraktionen, FraktionsgeschäftsführerIn der LT-Fraktion sowie die Regionalbüros.
3. Anträge aus den Reihen des Parteirates zur Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkte sind der Landesgeschäftsstelle möglichst vier Tage vor der Sitzung mitzuteilen.
Zu einer außerordentlichen Sitzung tritt der Parteirat zusammen, wenn mindestens vier seiner Mitglieder dies verlangen.
4. Die Landesvorsitzenden leiten die Sitzungen und gewährleisten in Absprache mit der Landesgeschäftsstelle die politische und organisatorische Vorbereitung der Sitzungen des Parteirates.
5. Beschlüsse fasst der Parteirat mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Er ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.
6. Von den Sitzungen des Parteirates wird ein Protokoll angefertigt und den Parteiratsmitgliedern zugesandt. Es gilt als genehmigt, wenn eine Woche nach der Verschickung kein Mitglied des Parteirates widersprochen hat. Anschließend geht das Protokoll – gemeinsam mit der Einladung zur nächsten Sitzung – an den unter 2. genannten Verteiler.
7. Die nicht im Parteirat vertretenen Kreisverbände werden gebeten, aus der Reihe des Vorstandes ein Mitglied zu benennen, dass in die Mailingliste des Parteirates aufgenommen wird, um auch die Anbindung dieser KV'e zu gewährleisten.
8. Der Parteirat tagt 2-4 mal im Jahr außerhalb von Kiel.

So vom Parteirat einstimmig beschlossen während seiner Sitzung am 28. April 2009

Die Einrichtung eines Parteirates als neues Organ des Landesverbandes wurde beschlossen auf dem Landesparteitag 27./ 28.05.2005, Neumünster.